

**Die Reise des Königs.**

Unser König hat soeben die habdichtigte Reise nach Paris angetreten und trifft am Mittwoch am Hofe des Kaisers Napoleon ein.

Der König folgt, indem er die Reise unternimmt, zunächst einer schon vor längerer Zeit an ihn ergangenen, jüngst wiederholten Aufforderung des Kaisers Napoleon. Gewiß ist es unserem Fürsten, der einen regen Sinn für alles Große und Bedeutende hat, an und für sich sehr erwünscht, die berühmte Hauptstadt Frankreichs in ihrem unvergleichlichen eigenthümlichen Glanze und in der gegenwärtigen Erhöhung dieses Glanzes durch die Wunder der Weltausstellung wiederzusehen. Der König weiß den Wettstreit der Völker in den Arbeiten des Friedens, in der Entwicklung der Gewerthätigkeit und aller Kunstfertigkeit ernst zu würdigen, und dankt es gewiß dem Kaiser Napoleon, daß er ihm durch seine Einladung die willkommene Gelegenheit bietet, die großartige Vereinigung von Erzeugnissen der Weltindustrie, welche der Palast auf dem Pariser Marsfelde birgt, in Augenschein zu nehmen.

Wenn dies der eigentliche Grund und der nächste Zweck der Reise ist, so ist doch die Aufforderung des Kaisers und die bereitwillige Annahme derselben Seitens unsers Königs zugleich ein erfreulicher Beweis, daß die Beziehungen der beiden Höfe freundschaftlicher Art sind, und daß die Wolke, welche dieselben vor Kurzem trüben zu sollen schien, ohne solche Wirkung vorübergegangen ist.

Es darf heute daran erinnert werden, daß die Stellung, welche der Kaiser Napoleon in den jüngst verflossenen Jahren zu den wichtigen Entwicklungen in Deutschland angenommen hatte, ihm die bereitwillige Anerkennung der deutschen Patrioten zugewandt und die Achtung erhöht hatte, welche seiner einsichtigen und gemäßigten Politik in weiten Kreisen gezollt worden war.

Die Regierung unsers Königs vornehmlich hat nie verhehlt, welchen Werth sie auf die Fortdauer einer freundschaftlichen Stellung zu Frankreich legt. Um so freudiger hat dieselbe gewiß das erneute Anzeichen einer gleichen Gesinnung auf Seiten des Kaisers begrüßt, und gern die Gelegenheit wahrgenommen, die günstigen Beziehungen durch unmittelbare persönliche Berührung zu befestigen.

In diesem Sinne ist die Reise unsers Königs und nicht minder der gleichzeitige Besuch des Kaisers von Rußland am Hofe des Kaisers Napoleon selbstverständlich nicht ohne eine gewisse politische Bedeutung und Wichtigkeit.

Ueber diese allgemeine Bedeutung hinaus wird man jedoch Erwartungen in Betreff bestimmter Verhandlungen über einzelne politische Fragen an die Zusammenkunft der Monarchen nicht zu knüpfen haben.

Man hat mit Unrecht Vermuthungen solcher Art besonders aus dem Umstande hergeleitet, daß auch der Minister-Präsident Graf Bismarck sich mit dem Könige nach Paris begiebt. Der Wunsch Sr. Majestät, den Minister-Präsidenten auf der interessanten Reise in seiner Begleitung zu sehen, bedarf jedoch nicht der Erklärung durch bevorstehende besondere Verhandlungen um so weniger, als Graf Bismarck auch persönlich seit Jahren freundliche Beziehungen zu Paris gepflegt hat. Auch die Anwesenheit des russischen Ministers Fürsten Gortschakoff ist gewiß ein Grund mehr zu der Theilnahme des Grafen Bismarck an der Reise, ohne daß jedoch die Annahme begründet wäre, daß insbesondere Seitens Rußlands bestimmte politische Pläne angeregt seien.

Ein mehrtägiger Verkehr hervorragender Fürsten und ihrer Minister wird freilich kaum vorübergehen, ohne daß auch die wichtigen politischen Fragen Gegenstand eines vertraulichen Meinungs-Austausches werden; eigentliche politische Verhandlungen aber sind bei der gegenwärtigen Zusammenkunft, nicht beabsichtigt, und man wird wohl daran thun, gegen die unvermeidlichen Gerüchte über bestimmte Ergebnisse der Zusammenkunft im Voraus auf der Hut zu sein.

Mit Genugthuung wird das preussische Volk das neue Unterpfand des Friedens begrüßen, welches in der Reise des

Königs zu finden ist, und von Herzen wünschen, daß Gott den jetzigen Weg unseres theuren Fürsten mit Seinem Segen begleite, wie Er alle Wege desselben seither sichtlich gesegnet hat.

**Die Norddeutsche Verfassung im Herrenhause.**

Die Verfassung des Norddeutschen Bundes ist jetzt bei der letzten Berathung angelangt: nachdem dieselbe vom Abgeordnetenhaus am 31. Mai endgültig angenommen worden ist, hat auch das Herrenhaus derselben in erster Abstimmung bereits zugestimmt, in drei Wochen muß die zweite Abstimmung folgen.

Es war ein weiter Weg, den die Verfassung durchzumachen hatte: kaum hat ein ähnliches Werk jemals so viele Proben zu bestehen gehabt, wie diese Verfassung von ihren ersten allgemeinen Grundzügen bis zur jetzt bevorstehenden Vollendung. Es gehörte der feste und klare Wille und das allseitige Ansehen unserer jetzigen Regierung dazu, um die Sache durch alle jene Vorberathungen glücklich hindurchzuführen; aber die Ueberwindung der mannichfachen Schwierigkeiten und Bedenken giebt dem nunmehr beendigten Werke auch im voraus eine Bürgschaft ersprißlicher Entwicklung, wie sie auf anderem Wege nicht so gewiß erreicht worden wäre. Alles, was in Norddeutschland an der Leitung und Gesetzgebung der Einzelstaaten theilhaftig ist, alle Regierungen, sowie alle Landesvertretungen, haben ebenso wie die freigewählte Gesamtvertretung des norddeutschen Volkes an der Entstehung der norddeutschen Verfassung mitgewirkt und den Stempel ihrer Zustimmung darauf gedrückt. Wenn frühere Versuche ähnlicher Art immer wieder scheiterten, weil sie von vornherein mit dem Widerstreben, sei es der Regierungen, sei es des Volkes im Ganzen, oder mächtiger Körperschaften in den einzelnen Staaten zu kämpfen hatten, so ist diesmal im voraus dafür gesorgt, daß alle Kräfte und Gewalten in Norddeutschland, alle geordneten Träger der Macht, wie des Volkswillens sich ausdrücklich mit der neuen nationalen Schöpfung einverstanden erklärt haben und zur lebensvollen Gestaltung derselben ihre aufrichtige Mitwirkung zu gewähren bereit sind.

Auch das preussische Herrenhaus hat sich bei der so eben stattgefundenen Berathung mit dankenswerther Entschiedenheit und Einmüthigkeit für die Verfassung erklärt.

Die Hingebung des Herrenhauses für die patriotische Sache hatte sich vornehmlich in der Ueberwindung erheblicher politischer Bedenken zu bewähren. Die Verfassung des Norddeutschen Bundes, wie sie aus den bisherigen Berathungen hervorgegangen ist, steht theilweise mit den politischen Grundfassungen und Wünschen der Mehrheit des Herrenhauses in einem gewissen Widerspruche. Schon bei der Berathung des Wahlgesezes zum Reichstage hatte das Herrenhaus besonders in zwei Punkten seine Wünsche ausdrücklich zu erkennen gegeben: es hatte die Regierung ersucht, den mannichfachen Bedenken gegen die unbedingte Anwendung des allgemeinen Wahlrechts einige Rücksicht zu Theil werden zu lassen, und in solcher Absicht zugleich neben einem norddeutschen Abgeordnetenhaus auch ein sogenanntes Staatenhaus zu errichten. Beide Wünsche hatten bei der Feststellung der Verfassung keine Berücksichtigung finden können, die Geltung des allgemeinen Wahlrechts und der auf demselben beruhenden Reichsvertretung ist sogar durch die Beschlüsse des Parlaments in mancher Beziehung noch erhöht und erweitert worden.

Ungeachtet der hierauf begründeten Bedenken aber hat das Herrenhaus sich einstimmig für die Annahme der Reichsverfassung erklärt. Eines der hervorragendsten Mitglieder des Hauses, Herr von Kleist-Rekow, hat die Beweggründe, welche das Haus dabei leiteten, klar angedeutet. Er hob zunächst jene Bedenken in bestimmter Weise hervor, fügte aber dann mit patriotischer Erhebung hinzu:

„Und dennoch — trotz dieser Bedenken stimme ich mit Ja. Ich stimme zunächst mit Ja, weil ich muß. Es hat unsere Regierung den Bund so weit gefördert, es sind die allgemeinen politischen Verhältnisse von Deutschland und Europa von der Art, daß gar nicht zu

sagen ist, ob nicht eine Verzögerung und damit auch jedenfalls die Möglichkeit des Mislingens dieses Werkes viel größere Gefahren bringen würde, als die Annahme trotz jener Bedenken.

»Aber ich will auch nicht hoffnungslos erscheinen. Durch den Abschluß des Norddeutschen Bundes wird Preußen auf eine neue Stufe glänzenden Ruhmes und erweiterten politischen Lebens gestellt, und wie sollten unserer Aller altpreussische Herzen daran nicht ein Wohlgefallen haben? Durch den Abschluß dieses Bundes werden die jetzt völlig getrennten einzelnen deutschen Staaten, wenigstens der Mehrzahl nach, von Neuem wieder vereinigt, enger und inniger, als sie es jemals in Deutschland gewesen sind, und welches deutsche Herz hätte nicht eine Sehnsucht nach der Wiederherstellung des christlichen Reiches, deutscher Nation in Macht und Herrlichkeit? Was für mich endlich entscheidend ist, das Werk ist ein Werk des Königs, unseres Herrn, des monarchischen Preußens, nach einem glorreichen Siege über seine inneren und äußeren Feinde, ganz ähnlich wie Preußen selbst entstanden und gewachsen ist. Gott hat unser preussisches Vaterland bisher wunderbar geführt, er hat es zu hohen Dingen berufen; ich meine damit die Erhaltung, die Ausbildung der Macht und Herrlichkeit eines deutschen Fürstenthums zugleich mit tiefgehender Volksfreiheit, und wie dieses Beides nur zu erlangen ist auf Grundlage einer frei sich entwickelnden Kirche, vermittelt von ihr getragener christlicher Staatseinrichtungen. Ich weiß wohl, wir sind Alle, auch die Stärksten unter uns, irrende Menschen, allein Gott weiß auch den Irrthum seinem Ziele dienlich zu machen, wenn wir in Einsicht und mit redlichem Willen seinem Ziele nachstreben, den Irrthum erkennen und wieder gut machen. In dieser Hoffnung getrost vorwärts! Und ständen wir vor einem neuen großen nationalen Kriege, wie ihn gewiß Keiner von uns wünscht und er gegenwärtig ja auch beseitigt zu sein scheint, dadurch vor allen Anderen würde die Vaterlandsliebe in allen deutschen Gauen zu hellen Flammen empor schlagen, dadurch würde die Einheit in der Gluth des heißen Kampfes erst recht fest und unauflöslich zusammengeschmiedet werden. — Deshalb bitte ich, getrost und in Hoffnung frohlich »Ja« zu dem Werke zu sagen.

Das Herrenhaus, welches zu der wichtigen Abstimmung in ungewöhnlich großer Zahl erschienen war, hat die Verfassung einstimmig angenommen und hiermit einen neuen Beweis seiner patriotischen Gesinnung gegeben.

**(Ministerconferenzen über den Zollverein.)** Die süddeutschen Regierungen sind dem Wunsche Preußens auf baldige Regelung der Zollverhältnisse sehr bereitwillig entgegengekommen. Nachdem Preußen sich bereit erklärt hatte, auf die beim Friedensschlusse vorbehaltenen Verhandlungen nunmehr einzugehen, haben die Regierungen von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt sich beeilt, noch vor der Abreise des Minister-Präsidenten Grafen Bismarck nach Paris sich mit unserer Regierung über die allgemeine Richtung zu verständigen, nach welcher die demnächstigen Verhandlungen über die Zollverhältnisse zu leiten sein werden, um die Aufrechterhaltung der bisherigen engen Verbindung unter den veränderten Verhältnissen zu sichern. Die dauernde Erneuerung der Zollvereinsverträge mit den süddeutschen Staaten ist nur unter der Voraussetzung möglich, daß ein Weg gefunden wird, die Theilnahme derselben an den Verhandlungen und Beschlüssen über Zollangelegenheiten auf denselben Grundlagen zu regeln, welche dafür in der Verfassung des Norddeutschen Bundes gegeben sind. In Norddeutschland entscheidet fortan auch in Zollsachen die übereinstimmende Mehrheit des Bundesrathes und des Reichstages. Eine Theilnahme Süddeutschlands an dem Zollverein kann nur unter gleichen Voraussetzungen stattfinden: die Bestimmung der früheren Zollvereins-Verfassung, nach welcher der Widerspruch eines einzigen Mitglieds hinreicht, um jeden noch so heilsamen Beschluß, jeden Fortschritt des Handelslebens zu verhindern, kann selbstverständlich nicht von Neuem in Kraft treten, vielmehr werden Einrichtungen der Art zu treffen sein, daß die süddeutschen Staaten an den Entscheidungen über Zollangelegenheiten fortan unter gleichen Bedingungen, wie die einzelnen norddeutschen Staaten Theil nehmen.

Die Verhandlungen, zu welchen die leitenden Minister der erwähnten Staaten in Berlin eingetroffen waren, haben unter allseitigem Entgegenkommen noch vor der Abreise des Grafen Bismarck zu einer Verständigung über die wesentlichen Grundlagen des anzubahrenden Verhältnisses geführt.

**(Die politischen Arbeiten dieses Jahres)** sind bereits sehr anstrengend für alle Theilhaber gewesen; aber nicht minder bedeutende Arbeiten stehen noch in Aussicht.

Kaum wird nach der zweiten Abstimmung des Herrenhauses über die Reichsverfassung (am 24. Juni) die gegenwärtige Landtags-Session geschlossen sein, so wird die Regierung bereits an die Vorbereitungen zu weiterer parlamentarischer Arbeit denken müssen.

Es muß in diesem Jahre noch die regelmäßige Session des preussischen Landtags und vor dieser noch die erste Session des künftigen Norddeutschen Reichstages stattfinden. Die Berufung des preussischen Landtags ist, abgesehen von anderen Aufgaben, schon deshalb unerlässlich, weil der Staatshaushalt für das Jahr 1868 vor dem 1. Januar festgestellt sein muß. Die Reichstags-Sitzung aber muß aus dem Grunde vorhergehen, weil die Regelung des preussischen Staatshaushalts in mehrfachen wichtigen Beziehungen fortan von der Regelung des Bundeshaushalts abhängt und letzterer daher vor allen Dingen festgestellt werden muß.

Da nun die Berufung des preussischen Landtags, wenn derselbe das Budget rechtzeitig erledigen soll, nicht später als zum Anfang November erfolgen kann, so werden für den Reichstag die beiden vorhergehenden Monate September und Oktober in Aussicht zu nehmen sein.

Hieraus ergibt sich ferner, daß die neuen Wahlen zum Reichstage (für die erste dreijährige Zeit) bis etwa zum Anfange September vollzogen sein müssen. (Die Angabe, daß diese Wahlen am 15. Juli stattfinden sollen, ist, wie Jedermann leicht einsehen kann, durchaus unbegründet; sonst müßten die Wahlen, da deren Ausföhrung mindestens sechs Wochen erfordert, jetzt schon amtlich anberaumt sein, was weder geschehen ist, noch geschehen kann, da die Reichsverfassung, auf Grund deren die Wahlen vorzunehmen sein werden, noch gar nicht endgültig zu Stande gekommen und verkündet ist. Nur die Ankündigung oder Ausschreibung des Wahltermins, also der Beginn der Wahlvorbereitungen wird etwa Mitte Juli zu erwarten sein.)

Außer den Wahlen zum Reichstage werden ferner vor dem Beginn der preussischen Landtags-Session noch die Abgeordneten-Wahlen in den neuen Provinzen stattzufinden haben, da diese mit dem 1. Oktober in dem preussischen Verfassungsleben theilhaftig werden sollen. Die bezüglichen Wahlen werden vermuthlich im Oktober stattfinden.

Sodann müssen in diesem Jahre auch noch die Provinzialstände berufen werden. Dieselben sollen sich eigentlich alle zwei Jahre versammeln und hätte bereits im vorigen Jahre die regelmäßige Session stattfinden sollen. Dieselbe unterblieb jedoch mit Rücksicht auf die Kriegsergebnisse. In diesem Jahre ist die Berufung zunächst im Interesse der Verwaltung der kommunalständischen Einrichtungen unumgänglich nöthig; außerdem sollen die Stände über einige Gesetze von provinzieller Bedeutung gehört werden. Die Session wird nicht anders als gegen Ende Oktober, zwischen dem Schlusse des Reichstages und dem Beginn des preussischen Landtages, stattfinden können.

Zur Vorbereitung der Vorlagen für den Reichstag wird endlich im Monat August der Norddeutsche Bundesrath berufen werden müssen.

**(Die künftigen Verwaltungs-Einrichtungen von Hannover)** sind in Folge der von der Staats-Regierung angeordneten allseitigen Ermittlungen zur Zeit Gegenstand der gemeinsamen Berathung im königlichen Staats-Ministerium. Nachdem die Regierung hierdurch ihrerseits zu einem vorläufigen Einverständnis über die wünschenswerthe Gestaltung der hannoverschen Verhältnisse gelangt ist, werden andererseits vor endgültiger Beschlußnahme über die neue Organisation zunächst die Ansichten und Wünsche der zu diesem Zwecke zu berufenden Vertrauensmänner aus Hannover selbst gehört werden.

Unser Kronprinzliches Paar ist in Paris fortgesetzt Gegenstand hoher Aufmerksamkeit Seitens des Kaisers und der Kaiserin gewesen, welche mit demselben und andern fürstlichen Gästen eine Fahrt nach dem schönen kaiserlichen Lieblingsaufenthalte Fontainebleau unternommen haben, um ihnen das dortige Schloß mit den großartigen Parkanlagen zu zeigen. Auch sonst waren die Kronprinzlichen Herrschaften mit dem Kaiserpaare täglich in freundschaftlichem Verkehr.

Der Kronprinz benutzte den Aufenthalt in Paris nicht nur zu genauer Kenntnisknahme von allen Theilen der Welt-Ausstellung, sondern auch zur Besichtigung der großartigen öffentlichen Einrichtungen und Anlagen, welche Paris theilweise vor anderen Hauptstädten voraus hat. In der französischen Bevölkerung findet unser Kronprinzliches Paar augenscheinlich viel Sympathie. Dem Kronprinzen wird auch wegen des Feldherrnrums, den er im letzten Kriege erworben, große Achtung gezollt.

Die Zeitungsgerüchte von bevorstehenden Veränderungen im Ministerium beruhen durchweg auf bloßer Erfindung.